

## Niederschrift Nr. 54 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 17.03.2011  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Gosciniak, Heinz

#### **SPD-Fraktion**

Bornemann, Bernd  
Brunken, Karola  
Slieter, Ihno  
Südhoff, Johann  
Wessels, Johann

für Marianne Pohlmann

#### **CDU-Fraktion**

Odinga, Hinrich  
Verlee, Carmen

#### **FDP-Fraktion**

Bolinius, Erich  
Eilers, Hillgriet

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Stolz, Wulf-Dieter

#### **Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**

Koziolk, Stephan-Gerhard

#### **Beratende Mitglieder**

Acker, Karl  
de Boer, Jannes  
Janssen, Johann

Vertreter des Stadtteilbeirates Barenburg  
Vertreter des Landwirtschaftl. Hauptvereins  
Vertreter des Trägerkreises des Behinderten-  
beirates der Stadt Emden

Lüppen, Richard  
van Hoorn, Reiner

Vertreter des Naturschutzbundes NABU  
Vertreter des Seniorenbeirates

#### **Verwaltungsvorstand**

Docter, Andreas

Stadtbaurat

#### **von der Verwaltung**

Kinzel, Rainer  
Kolk, Lars

#### **Protokollführung**

Bokker, Elke

# Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

## Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Gosciniak** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

### Beschluss:

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

### Ergebnis:

Einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Gosciniak** lässt über die Änderung der Tagesordnung wie folgt beschließen:

Die Tagesordnungspunkte 6 /15/1764/4/1 „Bebauungsplan D 150 K pp.“) und 7 (15/1765/1 „62. Änderung des FNP pp.“) werden zusammen behandelt.

Die Tagesordnungspunkte 8 (Vorlage 15/1888 „Resolution gegen die weitere Ausbreitung von Massentierhaltung pp.“) und 9 (Vorlage 15/1889 „Naturschutzgebiet Petkumer Deichvorland“) vom 08.03.2011 werden die Tagesordnungspunkte 5 und 6. Die weiteren vertagten Tagesordnungspunkte werden als TOP 11 bis TOP 14 behandelt (Vorlage 15/1914 „Parkflächen BBS“; 15/1915 „Parkplätze Gesundheitsamt“; 15/1912 „Kabeltrassen“; 15/1917 „Kohlendioxid Endlagerung“). Weiterhin zieht die Verwaltung die Tagesordnungspunkte 5 (15/1431/1 „Wirtschaftsplan Regionalisierungsmittel“) und 8 (15/1539/1 „Gelegeschutz für Wiesenvögel pp.“) zurück.

Um die von der vorherigen Sitzung vertagten Punkte sowie die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befindlichen Tagesordnungspunkte vollständig abzuarbeiten, wird ebenfalls beschlossen, je Tagesordnungspunkt max. 30 Minuten zu diskutieren.

### Beschluss:

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

### Ergebnis:

Einstimmig.

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 52 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 17.02.2011

### **Beschluss:**

Die Niederschrift Nr. 52 der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 17.02.2011 wird genehmigt.

### **Ergebnis:**

Einstimmig.

TOP 4 Einwohnerfragestunde  
Keine

## **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 5 Wirtschaftsplan Regionalisierungsmittel 2011  
Vorlage: 15/1431/1

Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 6 Bebauungsplan D 150 K, westlicher Teil des Wybelsumer Polders

- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen (§§ 3(1), 4(1) BauGB),
- Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans wegen Verkleinerung des Geltungsbereichs sowie
- Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des VA vom 29.11.2010 (Vorl.Nr. 15/1764),
- Beschluss über die Durchführung der öffentlichen Auslegung (Stadium II),
- Beschluss zur Empfehlung an den Rat, den Entwurf des Bebauungsplans D 150 K für den Fall ausbleibender Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 3(2), 4(2) BauGB als Satzung zu beschließen.

Vorlage: 15/1764/1

**Herr Kolk** erläutert die Bauleitplanung und das weitere Vorgehen und weist auf die Auslegung in der Zeit vom 01.04.-02.05.2011 hin. Ergänzend zu der Vorlage teilt Herr Kolk mit, dass die Festsetzungen im Baugebiet D 133 erhalten bleiben, was auch die Rückbauverpflichtung der WEA einschließt.

Wegen der Bedenken des Landwirtschaftlichen Hauptvereins wird vorgeschlagen, einen zusätzlichen Hinweis in die Planzeichnung D 150 K aufzunehmen, der besagt, dass bei erforderlicher Kompensation (wegen Ansiedlung von Industrie im BPlan D 150) diese mit den Betroffenen abgestimmt werden soll und innerhalb, aber auch außerhalb des D 150 K, erfolgen kann.

**Herr Bornemann** bedankt sich für den Vortrag. Die SPD-Fraktion stehe voll und ganz hinter der Verwaltung und werde dem heutigen Beschluss daher zustimmen. Die Bedenken des Landwirt-

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

schaftlichen Hauptvereins werden ernst genommen, zu welchen Regelungen man dann letztendlich komme, müsse heute noch nicht entschieden werden.

**Herr Odinga** erklärt, dass auch die CDU-Fraktion uneingeschränkt dahinter stehe und auch seine Partei sich im Wesentlichen anschließe. Er bestehe aber darauf, den Beschluss dahingehend zu ergänzen, dass die tatsächliche Inanspruchnahme der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in enger Abstimmung mit den Betroffenen geregelt werden.

Herr Odinga erkundigt sich, ob NPorts mit der Bauleitplanung einverstanden ist und warum Flächen der Deichacht aus dem Geltungsbereich ausgenommen wurden.

Herr Kolk antwortet, dass die Deichacht eine Stellungnahme dahingehend abgegeben habe, dass die Flächen an der Straße nicht in den Geltungsbereich zu nehmen seien. Daher wurden die Flächen aus dem Geltungsbereich genommen, so dass nur Flächen von NPorts und dem Landesliegenschaftsfond innerhalb des Geltungsbereichs liegen. Mit NPorts herrsche darüber Einigkeit. Dem Landesliegenschaftsfond sei deutlich gemacht worden, dass die Wertsteigerung infolge der Planung am Rysumer Nacken höher sei als der Wertverlust durch die Kompensation.

**Herr Docter** ergänzt, dass zunächst der Satzungsbeschluss herbeigeführt werden müsse. Für die Durchführung der Bauleitplanung wäre der Flächentausch die Voraussetzung. Danach werde man auch alles hinsichtlich der Kompensation schriftlich fixieren. Im Übrigen habe man darüber auch gestern in der Zeitung lesen können.

Herr Docter weist darauf hin, dass der Endpunkt des Bauleitplanverfahrens der 23.06.2011 (Ratsbeschluss) sei und darauf müsse hingearbeitet werden. NPorts müsse einige Hafentflächen im D 150 K aufgeben und bekomme stattdessen Flächen auf dem Rysumer Nacken. Heute müsse die Entwurfsauslegung beschlossen werden.

**Frau Eilers** erklärt für die FDP-Fraktion, dass diese selbstverständlich zustimme, da es sonst zu einem Zeitverlust komme. Für die Landwirtschaft sei man zu akzeptablen Lösungen gekommen. Es interessiere sie aber, was ein Flächenerwerb außerhalb des Stadtgeländes gekostet hätte.

Herr Docter gibt dazu an, dass mit verschiedenen Gemeinden Gespräche geführt worden seien, bei einem Flächenerwerb habe man aber vor endgültiger Beschlussfassung Kosten in Höhe von ca. 6 Mio. Euro bereitstellen müssen. Etwaige Optionszahlungen bei Anpachtung der Flächen lägen bei ca. 100.000,- Euro jährlich. Hier sehe die Verwaltung keine finanziellen Möglichkeiten. Gesetzliche Erfordernisse müssten aber erfüllt werden, denn es sei wichtig, dass der Bebauungsplan rechtlich einwandfrei sei.

**Herr Stolz** erklärt, dass seine Fraktion hinter der Landwirtschaft stehe. Es würde ihn aber interessieren, welche konkreten Bauvoranfragen es gebe. Für ihn sei der Zeitdruck der hier aufgebaut werde, nicht nachvollziehbar und er könne im Übrigen der Verwaltung keinen Glauben mehr schenken aufgrund seiner Erfahrungen in Sachen Petkumer Deichvorland.

Herr Docter führt dazu aus, dass keine Anträge gestellt werden könnten, da zurzeit noch kein rechtskräftiger Bebauungsplan D 150 bestehe. Der Geltungsbereich des D 150 umfasse einen Teil des Rysumer Nackens mit der vorhandenen Landemole. Eine Hafententwicklungsplanung gebe es noch keine.

Herr Kinzel ergänzt, dass es eine genehmigte Bauvoranfrage gebe und es darüber hinaus mehrere Anfragen gebe.

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

**Herr de Boer** erbittet Auskunft darüber, ob die Verwaltung bereit sei mit den Naturschutzverbänden und den Fraktionen sich an einen Tisch zu setzen und über den Vertragsnaturschutz, insbesondere über den Paragraphen 15 Abs. 3 NatSchG zu sprechen.

Herr Docter gibt an, dass die Verwaltung grundsätzlich gesprächsbereit sei und man sich nach dem Satzungsbeschluss zusammensetzen wolle, um sich hierüber auszutauschen. Grundsätzlich sei aber bis zum Satzungsbeschluss gemäß BauGB Kompensationsfläche nachzuweisen.

**Frau Verlee** möchte wissen, ob ein Repowering der Windmühlen möglich sei und wann Flächen in Anspruch genommen werden müssen.

Herr Docter erläutert, dass die Anlagen wie sie zurzeit dort stünden Bestandsschutz hätten. Die Festsetzungen des D 133 ermöglichen jedoch kein Repowering, da im Bebauungsplan eine max. Höhe von 100 m festgesetzt ist. Eine Repowering würde einen neuen Bebauungsplan erfordern.

Herr Docter erklärt, dass die Verwaltung zwar grundsätzlich ein Repowering begrüße, da die Anlagen aber zum Teil auf Landes- bzw. Bundesflächen stünden, dies keine alleinige Vereinbarung zwischen Verwaltung und Betreiber sein könne.

Herr Odinga möchte wissen, ob ein Ausgleich von Flächen in D 150 K erfolgen kann, wenn NPorts eine dritte Emispier baue.

Herr Kolk erklärt, dass rein rechnerisch der D 150 K die Kompensationsfläche für den D 150 sei. Wenn die im D 150 K vorhandenen WEA Anlagen bis zum Jahr 2020 abgebaut werden sollten, könnten diese freiwerdenden Flächen grundsätzlich auch für andere Ausgleichszwecke genutzt werden.

### Beschluss:

1. Der Behandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3(1),4(1) BauGB wird gemäß der Anlage 2 zugestimmt. Die in der Anlage 2 zur Vorlage 15/1764/1 aufgeführten Anregungen und Hinweise Nr. 1 - 22 werden zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Hinweise Nr. 23 – 41 sowie 42 - 45 werden berücksichtigt bzw. teilweise berücksichtigt.

2. Der Geltungsbereich des Plangebiets wird verkleinert. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan wird gefasst. Der geänderte Geltungsbereich des Bebauungsplans ergibt sich aus der Begründung und der Anlage 1 zu dieser Vorlage. Der Aufstellungsbeschluss vom 29.11.2010 (Vorl.-Nr. 15/1764) wird aufgehoben.

3. Der Entwurf und die Entwurfsbegründung des Bauleitplans und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden gemäß § 3(2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Die Beteiligung der Behörden gemäß § 4(2) BauGB wird parallel durchgeführt.

4. Dem Rat wird empfohlen, den Bebauungsplanentwurf D 150 K für den Fall ausbleibender Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 3(2), 4(2) BauGB als Satzung zu beschließen.

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

- TOP 7      62. Änderung des Flächennutzungsplans, westlicher Teil des Wybelsumer Polders;
- Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen (§§ 3(1), 4(1) BauGB)
  - Beschluss über die Aufstellung der 62. Änderung des Flächennutzungsplans wegen Verkleinerung des Geltungsbereichs sowie
  - Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des VA vom 29.11.2010 (Vorl.-Nr. 15/1765)
  - Beschluss über die Durchführung der öffentlichen Auslegung (Stadium II)
  - Beschluss zur Empfehlung an den Rat, den Entwurf der 62. Änderung des Flächennutzungsplans für den Fall ausbleibender Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 3(2), 4(2) BauGB als Satzung zu beschließen.
- Vorlage: 15/1765/1

### **Beschluss:**

1. Der Behandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3(1),4(1) BauGB wird gemäß der Anlage 2 zugestimmt. Die in der Anlage 2 zur Vorlage 15/1765/1 aufgeführten Anregungen und Hinweise Nr. 1 - 22 werden zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Hinweise Nr. 23 - 40 sowie 41 - 44 werden berücksichtigt bzw. teilweise berücksichtigt.

2. Der Geltungsbereich des Plangebiets wird verkleinert. Der Aufstellungsbeschluss für die 62. Änderung des Flächennutzungsplans wird gefasst. Der geänderte Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung ergibt sich aus der Begründung und der Anlage 1 zu dieser Vorlage. Der Aufstellungsbeschluss vom 29.11.2010 (Vorl.-Nr. 15/1765) wird aufgehoben.

3. Der Entwurf und die Entwurfsbegründung des Bauleitplans und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden gemäß § 3(2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Die Beteiligung der Behörden gemäß § 4(2) BauGB wird parallel durchgeführt.

4. Dem Rat wird empfohlen, die 62. Änderung des Flächennutzungsplans für den Fall ausbleibender Anregungen und Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 3(2), 4(2) BauGB als Satzung zu beschließen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

## **MITTEILUNGSVORLAGEN**

- TOP 8      Gelegeschutz für Wiesenvögel; Bericht 2010 und Ausblick 2011  
- Vortrag durch Herrn Matthias Bergmann  
Vorlage: 15/1539/1

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Von der Verwaltung zurückgezogen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Resolution gegen die weitere Ausbreitung von Massentierhaltungsanlagen;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2011  
Vorlage: 15/1888

Erneute Diskussionen werden von den Fraktionen als nicht notwendig erachtet. Die gewünschten Änderungen der FDP-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Resolution werden als geänderter Beschluss gefasst.

#### Beschluss:

Der Rat beschließt die der Vorlage 15/1888 als Anlage beigefügte Resolution mit den vorgeschlagenen Änderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP-Fraktion.

Ergebnis: abweichender Beschluss

TOP 10 Naturschutzgebiet Petkumer Deichvorland;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2011  
Vorlage: 15/1889

**Herr Stolz** erläutert seinen Antrag anhand einer Powerpointpräsentation und führt aus, dass seine Fraktion den Weg über einen Rechtsanwalt nicht leichtfertig gegangen sei. Man habe aber in diesem Falle keine andere Wahl gehabt, da seine Fraktion kein Vertrauen mehr zu den Aussagen der Verwaltung habe.

**Herr Kinzel** entgegnet, dass in der Vergangenheit ausführliche Darstellungen gegeben worden seien und man sei seitens der Verwaltung auch weiterhin dazu bereit. Es werden nach wie vor 2 x wöchentlich Kontrollen im Petkumer Deichvorland gemacht. Auch auf das Schreiben des von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingeschalteten Anwalts habe die Verwaltung geantwortet.

**Herr Bolinius** erklärt mit Nachdruck, dass man keine Belehrungen brauche. Außerdem ginge es nicht an, dass die Bilder von Eilert Voss ins Internet gestellt worden seien und man es nicht für nötig erachtet habe, die Gesichter der dort abgebildeten Personen unkenntlich zu machen. Auch die von Herrn Stolz den Ausschussmitgliedern vorgetragene Power-Point-Präsentation halte er nicht für richtig..

**Herr Bornemann** plädiert für Sachlichkeit bei diesem Thema, im Übrigen habe man sich an das Gesetz zu halten. Für drei Monate im Sommer den Teekabfuhrweg zu öffnen, sei sicher in Ordnung.

**Herr Docter** stellt klar, dass das Betreten des Teekabfuhrweges einen Verstoß gegen das Naturschutzgesetz darstelle. Er weist darauf hin, dass es bisher zu keinem Urteil in diesem Verfah-

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

ren gekommen sei, sondern lediglich einen Beschluss gebe. Der Zaun wurde von der Deichacht entfernt, da die Abtrennung zur Beweidung durch die Schafe nicht mehr benötigt werde.

Es gebe im Übrigen klare Vorgaben für die Kennzeichnung von Naturschutzgebieten. Seit 2009 gebe es eine neue Beschilderungsnorm, die man zu erfüllen habe, da es sich hier um eine öffentliche Maßnahme handelt. Diese neue Beschilderung sei von der Verwaltung in Auftrag gegeben.

### **Anmerkung des Protokollführers:**

Die neuen Schilder sind inzwischen aufgestellt.

Herr Stolz weist darauf hin, dass das Gericht klar gemacht habe, dass der Schutz zu gewährleisten sei. Die Selbstanzeige eines Petkumer Bürgers (Herr Fischer) habe lediglich zu einem Bußgeld in Höhe von 250,- Euro geführt, wegen Nachweis des Vorsatzes habe die Verwaltung dann eine Strafe in Höhe von 500,00 Euro verhängt, was eindeutig ein zu geringes Strafmaß darstelle.

Herr Stolz findet es ärgerlich, dass seine Fraktion gezwungen sei, so viel Geld für Anwalts- und Gerichtskosten auszugeben und stellt klar, dass er den Herren Docter und Kinzel nicht mehr glaube, da sie aus seiner Sicht lügen.

Herr Docter hält diese unsachliche Unterstellung für ein Dickes Ding, was Herr Stolz sich da leiste und weist diese Aussage zurück.

Herr Bolinius ist der Meinung, dass die Beschilderung ausreichend sei. Es werde immer wieder Leute geben die Gesetze übertreten. Er gebe hier der Verwaltung recht und ist der Ansicht, dass man nicht mehr Geld dafür ausgeben solle.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 11 Neue Parkflächen hinter der BBS I;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.2011  
Vorlage: 15/1914

**Herr Odinga** zeigt sich erstaunt über die Höhe der Kosten und führt an, dass der mögliche Ausbau der Flächen beim Arbeitsgericht auch nicht so teuer sei.

**Herr Docter** erklärt, dass hier der Unterschied im Ausbau der Fläche liege. Das Gelände bei der BBS I sei weich und es müsse hierfür ein entsprechender Untergrund geschaffen werden. Ein weiteres Problem sei es, dass der BPlan hier keine Stellfläche vorsehe und eine Umnutzung daher nicht so einfach zu bewerkstelligen sei.

**Herr Bornemann** erinnert daran, dass bereits beim Abriss des Hallenbades die Errichtung von Parkplätzen abgelehnt worden sei. Er spricht sich daher gegen eine Notlösung aus, da er es nicht als sinnvoll ansehe und könne dem Ausbau nicht zustimmen.

**Herr Stolz** schlägt vor darüber nachzudenken, einen Ausbau über Gebühren zu finanzieren. Außerdem weist er darauf hin, dass es in diesem Bereich an Sportflächen- bzw. hallen fehle.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.



## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 12 Freies Gelände nach dem Abriss der Gebäude des Gesundheitsamtes und Arbeitsgerichtes für Busparkplätze herrichten;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 17.02.2011  
Vorlage: 15/1915

**Herr Bolinius** ist der Meinung, dass der Abriss des Arbeitsgerichtes eine Nacht- und Nebelaktion gewesen sei, um eine Diskussion zu vermeiden. Ein Gutachter habe ihm bestätigt, dass das Gebäude teilweise in einem gutem Zustand gewesen sei. Die Idee zu einem Busparkplatz sei aus dem Hotelbereich an ihn herangetragen worden. Wenn die Herrichtung allerdings 70.000 Euro kosten solle, dann trete seine Fraktion davon zurück.

**Herr Docter** weist eine Nacht- und Nebelaktion von sich. Das Vorhaben sei im vorangegangenen VA bekanntgegeben worden. (**Anmerkung des Protokollführers: Auftragsvergabe zum Abriss im VA am 07.02.2011**).

Herr Bolinius möchte wissen, in welchem Ausschussprotokoll dies denn gestanden habe.

**Herr Bornemann** kann sich dem Vorwurf von Herrn Bolinius nicht anschließen. Er könne sich ebenfalls daran erinnern, dass eine entsprechende Mitteilung im VA gemacht und auch sonst mehrfach diskutiert worden sei. Es werde daher auch keinen Wert auf weiteren Vortrag gelegt.

Herr Docter kann sich erinnern, dass Herr Bolinius an der entsprechenden Sitzung nicht teilgenommen habe, aber dafür seine Fraktionskollegin Frau Eilers.

**Herr Koziolk** ergänzt, dass im Zuge des Neubaues des Verwaltungsgebäudes 4. darüber gesprochen worden sei.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 13 Kabeltrassen;  
- Antrag der CDU-Fraktion "Erdkabel/Umspannwerk in Borssum" vom 17.02.2011;  
- Antrag der FDP-Fraktion "Kabeltrasse DolWin 1 pp." vom 19.02.2011  
Vorlage: 15/1912

**Herr Bolinius** hat kein Verständnis dafür, dass in einer Trasse nicht mehrere Leitungen verlegt würden.

**Herr Kinzel** gibt an, dass man mit der Firma Tennet im Gespräch sei und diese sich bereit erklärt habe, im Mai 2011 dem Ausschuss Rede und Antwort zu stehen. Es würden noch Standortuntersuchungen gemacht und die Firma Tennet wolle erst mit betroffenen Grundstückseigentümern reden.

**Herr Kolk** stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Trassen zu BorWin1 + 2, 3 + 4, sowie DolWin 1, 2 und 3 und Riffgat vor.

## Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

**Herr Docter** gibt zu bedenken, dass die Firma Tennet enorme Summen investieren müsse. Tennet habe alle Landkreise zusammengeholt und zu einem Gespräch gebeten. Er selbst sei Teilnehmer der Lenkungsgruppe. Eine Investitionssicherheit müsse für Tennet gegeben sein.

Frau Eilers fragt an, ob man die Fläche über der Trasse einsetzen könne für z. B. Landwirtschaft.

Herr Docter erklärt, dass diese Abstimmungen mit dem Landwirtschaftlichen Hauptverein laufen. Beim Kabelbau müsse man dann natürlich mit Ausfallzeiten rechnen und es dürfe kein Gebäude auf der Trasse errichtet werden.

Herr Bornemann weist darauf hin, dass dies grundbuchlich festgehalten werde.

Herr Bolinius möchte wissen, ob die Stadt damit Geld verdienen könne und ob die Kabeltrasse gefährlich sei.

Herr Docter gibt an, dass die Verwaltung die Trassenverlegung positiv begleiten werde, da man regenerative Energien favorisiere und ein entsprechendes Leitungsnetz hierfür die Voraussetzung sei.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 14 Kohlendioxid Endlagerung; CCS Abscheidung;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 14. 02.2011  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2011  
Vorlage: 15/1917

Eine Diskussion zu diesem Thema wird von **Herr Bolinius und Herrn Bornemann** nicht gewünscht.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 15 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Kinzel** gibt bekannt, dass die Planfeststellungsunterlagen zur B 210 im April öffentlich ausgelegt werden.

TOP 16 Anfragen

### 16.1

**Herr Odinga** fragt nach dem Stand der Einzelhandelsentwicklung am Eisenbahndock.

**Herr Kolk** gibt an, dass man sich in dieser Sache in Gesprächen befinde. Der Eigentümer stehe mit einem Interessenten in ständigem Kontakt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.